

Nun ist die Kommission gefordert

SPITALPLANUNG Ein klares Zeichen: Der Kantonsrat hat am Dienstag fünf identische Einzelinitiativen zum Luzerner Kantonsspital mit grosser Mehrheit überwiesen. Die Vorstösse wollen die Regelung der Grund- und Notfallversorgung an allen Standorten ins Gesetz schreiben.

von **Stephan Weber**

Die Zukunft des Spitals Wolhusen beschäftigt die Bevölkerung und das Parlament seit geraumer Zeit. Im Kantonsrat wurde stundenlang darüber diskutiert und mehrere dringliche Vorstösse eingereicht. Leserbriefe füllten die Spalten der Zeitung und an den Stammtischen wurde rege über das Spital Wolhusen debattiert. Vor allem die Frage, was am Spital Wolhusen der einst für Leistungen angeboten werden sollen, gab zu reden. Zu tun hatte das vor allem auch mit dem März 2021, als publik wurde, dass das Leistungsangebot im neuen Spital entgegen ersten Ankündigungen reduziert werden könnte. Im Zuge all dieser Diskussionen reichten die Grünen, SP, Mitte, FDP und SVP vor zwei Monaten identisch verfasste Einzelinitiativen ein. Die Parlamentarier verlangten so eine Änderung des Spitalgesetzes. So soll an den Standorten Luzern, Sursee und Wolhusen ein Spital mit «mindestens einer ausreichenden, allen zugänglichen ambulanten und stationären medizinischen Grund- und ambulanten und stationären medizinischen Grund- und Notfallversorgung» angeboten werden. Mit diesen Einzelinitiativen, so die Initianten, liesse sich «Sicherheit für alle genannten Standorte» schaffen. Zudem könne das gebrochene Vertrauen wieder gekittet werden.

Ruhe einkehren

Anja Meier (SP, Willisau) sagte am zweiten Sessionstag, aufgrund der «aufgeladenen Vorgeschichte» sei es gerechtfertigt, das Bekenntnis für eine zugängliche, ambulante und stationäre Grund- und Notfallversorgung an den Spitalstandorten gesetzlich zu verankern. Es gelte, die Anliegen der Bevöl-



Das künftige Leistungsangebot des Spitals Wolhusen ist zu einem Politikum geworden.

Foto **Keystone**

kerung und der regionalen Hausärzte aufzunehmen. André Marti (FDP, Willisau) sagte, wichtig sei es, verlorenes Vertrauen wieder herzustellen. Der Weg über die Einzelinitiativen sei dafür der richtige Weg. «Damit erhalten wir Sicherheit, ohne den Gestaltungsfreiraum des Spitals zu sehr einzuschränken.» Auch Fabrizio Misticoni (Grüne, Sursee) machte sich für die Einzelinitiative stark. Mit dem Gesetzesartikel könne die Diskussion versachlicht werden. «Es ist der richtige politische Prozess.» Adrian Nussbaum (Mitte, Hochdorf) sagte, er hoffe, dass mit den Einzelinitiativen Ruhe einkehre und das Schlechtreden des neuen Spitals aufhöre.

Gegen die Einzelinitiative waren die Grünliberalen. Deren Sprecherin Riccarda Schaller (Malters) sagte, den Status Quo im Gesetz festzuschreiben, sei nicht der Weg, der zum Ziel führe. Das Gesundheitswesen verändere sich

derzeit rasant. Zudem verzögerten die Einzelinitiativen den Bauprozess. «Das Buch könnte schon lange gelesen sein», hielt sie fest. Eine ähnliche Meinung vertrat Jörg Meyer (SP, Adligenswil). Es brauche im Gesundheitswesen ein neues Denken, hielt er fest. Die Spitallandschaft werde sich wandeln. Der einst würden Alterszentren und Hausarztpraxen noch viel wichtiger werden. Das Leistungsangebot im Gesetz festzuschreiben sei «starr».

Deutliches Votum

Eine Mehrheit des Kantonsrates sah es anders. Mit grosser Mehrheit überwies das Parlament die fünf Einzelinitiativen mit jeweils gegen Hundert Ja- zu einem knappen Dutzend Nein-Stimmen an die Kommission für Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK). Diese wird nun eine Botschaft ausarbeiten, die in die Vernehmlassung gegeben wird. Danach wird das Parlament

die Gesetzesänderung zweimal im Rat beraten.

Auch der Regierungsrat stimmte der Überweisung an die zuständige Kommission zu. Sozial- und Gesundheitsdirektor Guido Graf warnte allerdings auch vor den finanziellen Folgen. Denn: Führten die gesetzlichen Forderungen für das Spital zu einem Defizit, dann müsse der Kanton dieses übernehmen.

Komitee unterstützt den Weg

Noch am Dienstag meldete sich das Komitee «Pro Spital Wolhusen» mit einem Communiqué an die Medien. Der Kantonsrat habe mit der hohen Zustimmung «ein klares Signal gesetzt». Eine deutliche Mehrheit des Parlaments stehe damit für die Sicherung der stationären medizinischen Grundversorgung an den Landspitälern Sursee und Wolhusen ein. Das Komitee verfolge das gleiche Ziel. Die Lancierung der Volksinitiative, welche die SVP Mitte Dezember ankün-

digte, sieht der Vorstand weiterhin als «riskant» an. Für «Pro Spital Wolhusen» sei die Lancierung einer Initiative nur nach einem allfälligen Scheitern des parlamentarischen Weges denkbar, heisst es im Schreiben. Bereits während der Ratsdebatte gab es warnende Stimmen. So sagte Anja Meier, die Initiative würde mindestens zwei bis drei Jahre Unsicherheit für das Personal bedeuten, zudem drohe ein Baustopp. Und André Marti sagte, es brauche keine Medienschlachten oder Initiativen. «Es braucht einzig und alleine die Sicherheit für das richtige Angebot in unseren Landspitälern und das Vertrauen in alle Beteiligten, dass wir endlich zügig zusammenarbeiten.»

Das neue Spital in Wolhusen soll über je zwei ambulante und stationäre Operationssäle sowie 80 Betten verfügen. Ein Notfalldienst rund um die Uhr ist vorgesehen, dazu ein Sprechstundenangebot und bis zu drei zusätzliche Rettungsdienst-Fahrzeuge.

Lehre soll für Flüchtlinge möglich werden

BERUFSLEHRE Aus der Ukraine in den Kanton Luzern geflüchtete Jugendliche sollen wenn möglich eine Berufslehre machen können. Dies hat der Kantonsrat am Dienstag gefordert. Allerdings gibt es einige Hürden, wie der Regierungsrat ausführte.

Das Parlament hat ein dringliches Postulat von Marcel Budmiger (SP, Luzern) mit 91 zu 22 Stimmen überwiesen. Budmiger forderte, dass Personen mit Schutzstatus S im Kanton Luzern eine Berufslehre machen können.

Budmiger kritisierte in seinem Vorstoss, dass junge Ukrainerinnen und Ukrainer im Kanton Luzern keine Berufslehre machen können. Sie müssten als Ungelernte arbeiten, wenn sie finanziell unabhängig sein möchten. Dabei wäre die Berufslehre ein schneller Weg in die Integration und könnte auch hilfreich sein, wenn es darum gehe, das vom Krieg zerstörte Land wieder aufzubauen.

Sprache im Fokus

Der Regierungsrat war bereit, die Forderung anzunehmen. In seiner schriftlichen Antwort wies er aber auf zahlreiche Hürden hin. Bei den aus der Ukraine geflüchteten Jugendlichen stehe derzeit das Erlernen der deutschen



Eine Berufslehre ist für Ukrainerinnen und Ukrainer im Kanton Luzern derzeit nicht möglich.

Foto **Keystone**

Beim Bund vorstellig geworden

Die Kantone sind deswegen beim Bund vorstellig geworden und fordern eine Regelung, damit junge Ukrainerinnen und Ukrainer ihre Lehre beenden können. Dann werde der Kanton Luzern auch bereit sein, Lehrverträge abzuschliessen, erklärte der Regierungsrat.

Gegen den von der Regierung aufgezeigten Weg war nur die SVP. Fraktionssprecherin Jasmin Ursprung fragte sich, ob die Jugendlichen alleine in der Schweiz bleiben werden oder ob dann nicht auch für ihre Familien eine Ausnahme gemacht werden müsse. Sie forderte, dass alle Geflüchteten gleich behandelt würden.

Rasche Arbeitsbewilligung

Der Kantonsrat behandelte noch ein zweites dringliches Postulat zum Thema Arbeit für Ukraine-Flüchtlinge. Es ging dabei darum, dass Personen mit Schutzstatus S möglichst rasch arbeiten dürfen. Das Parlament überwies den Vorstoss von Andreas Bärtschi (FDP, Altishofen) auf Antrag der Regierung mit 92 zu 19 Stimmen teilweise.

Das Bewilligungsverfahren sei bereits beschleunigt, sagte Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker (SVP). Die Arbeitsbewilligung liege im Kanton Luzern innerhalb von drei Tagen vor. Allerdings sei die Arbeitsbelastung im Amt für Migration derzeit sehr hoch. Es würden dort deswegen zusätzliche befristete Stellen geschaffen. **sda/swe**

Sprache und die Vorbereitung auf die Integration ins Bildungssystem im Fokus, erklärte er.

Grösstes Problem ist aber gemäss Regierungsrat, dass die Jugendlichen

die Lehre abbrechen müssen, wenn der Schutzstatus S nicht verlängert wird. Es gebe heute in der Schweiz keine generelle Härtefallregelung, welche einen Verbleib in der Schweiz

bis zum Ende der Lehre ermöglichen würde, hält er fest. Dies sei nicht nur für die Jugendlichen, sondern auch für den Lehrbetrieb ein Problem, hiess es weiter.